

BGE oder Barbarei

Das bedingungslose Grundeinkommen: Probates Mittel zur Bekämpfung des sozialen Gefälles

Die Grundeinkommensdebatte entwickelt sich. Sie hat Fuß gefasst im Medienzirkus. Regelmäßig tauchen Beiträge zum bedingungslosen Grundeinkommen auf in TV-Reportagen, Magazinen wie dem SPIEGEL und sogar in Tageszeitungen. So weit, so erfreulich. Bis zur Umsetzung der Idee liegt jedoch noch ein gutes Stück des Weges voraus.

Immerhin: Es gab und gibt die **Pilotprojekte** in Brasilien und Namibia und den etwas größeren Test in Finnland. Lange sah es danach aus, als würden entweder Namibia oder Brasilien das bedingungslose Grundeinkommen als erster Staat auf Landesebene einführen. Zumal Brasilien die Einführung in seiner Verfassung fest geschrieben hat. Allerdings ist eine Erfüllung des Verfassungsauftrages momentan nicht absehbar. Brasilien leidet unter massiven wirtschaftlichen Problemen und innenpolitischen Spannungen. Namibia macht ebenfalls keine Anstalten mit einer Einführung, obwohl das Pilotprojekt im Dorf Otjivero ein großer Erfolg war. Etwa zu groß?

Möglicherweise werden beide Grundeinkommensanwärter von einem Land überholt, das bisher keiner auf der Rechnung hatte: **Indien**. Laut SPIEGEL-Meldung (8/2017) empfiehlt das indische Finanzministerium, jedem der 1,3 Milliarden Inder pro Jahr 7620 Rupien (= 107) Euro zur Verfügung zu stellen. Der Betrag läge unter dem gesetzlichen monatlichen Mindestlohn, würde jedoch reichen, die bittere Armut von Millionen zu beenden. Die Armutsquote würde von 22 auf unter 1 % sinken. Jedoch stößt die Umsetzung auf praktische Hindernisse: Viele Inder haben kein Bankkonto. In zahlreichen Dörfern fehlen Bankautomaten.

Was das Grundeinkommen für Indien besonders attraktiv macht: Es würde den Dschungel der Unterstützungsleistungen lichten. Sage und schreibe **950** Sozialhilfe-Programme existieren auf dem Subkontinent, z.B. für subventionierte Nahrungsmittel und Dünger. Ein Großteil der Unterstützung landet jedoch nicht bei Bedürftigen, sondern wandert in die Taschen korrupter Mittelsmänner. Ein Grundeinkommen würde das abstellen. Außerdem würde es die Abhängigkeit verheirateter Frauen von ihren Ehemännern verringern.

Weniger Armut, Bürokratie, Korruption, größere Unabhängigkeit - schlagende Argumente für das bedingungslose Grundeinkommen. Hervor sticht, dass es **soziale Ungleichheit** bekämpft, in dem es wenigstens ansatzweise für eine **Gleichverteilung der Einkommen** sorgt.

Eines der Urgesteine der Grundeinkommensbewegung ist der Hamburger Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar (59). In seinem jüngst erschienenen Buch **'Radikal gerecht. Wie das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert'** fordert er einen radikalen Systemwechsel, um den Folgen der Globalisierung zu begegnen. Im SPIEGEL-Interview (7/2017) beschreibt er seine Eindrücke aus einer Weltreise. In Lateinamerika habe er die Ungleichheit unmittelbar erlebt, die er zuvor nur als ökonomische Zahl kannte: Rappellvolle U-Bahnen in Mexiko-Stadt, in welchen die Menschen jeweils morgens und abends ein bis zwei Stunden zur Arbeit und zurück nach Hause fahren. Bei geringem Verdienst: Der Mindestlohn betrage 80 Peso, rund vier Euro, am Tag. In einer Stadt, die ihre Alltagskosten habe.

Aus diesen Erfahrungen zieht Straubhaar den Schluss, dass es eines neuen Denkansatzes bedarf, Ungleichheit zu bewerten und zu messen: Es genüge nicht, sich den Durchschnitt von Volkswirtschaften anzusehen. Die Zahlen erzählten nicht alles. Die Reiseeindrücke hätten zudem seine bereits bestehenden Zweifel an der reinen Effizienztheorie nochmals verstärkt. Zu lange habe man geglaubt, freier Handel, freies Unternehmertum und wenig Staat würden automatisch zum Ausgleich führen, man müsse nur lange genug warten, bis am Ende alle belohnt würden. In den von ihm bereisten Ländern habe er einen solchen Effekt nicht beobachten können.

Dennoch sieht Straubhaar die Globalisierung nicht als gescheitert an. Sie habe es geschafft, dass es heute so vielen Menschen so gut gehe wie nie zuvor, sie gesünder und länger lebten. Den meisten sei bewusst, dass es ihnen ökonomisch besser gehe als ihren Eltern und Großeltern. Doch sähen sie auch die Probleme: Das Auseinandergehen der Schere, die Privatisierung von Gewinnen, die Sozialisierung von Verlusten, die Zunahme von Lebenshärten und die größere Unsicherheit. In Amerika steige zum ersten Mal seit langem wieder die Sterberate Erwerbstätiger mittleren Alters. Digitalisierung und Globalisierung verstärkten die Polarisierung der Gesellschaft.

Straubhaar fordert, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Es gelte, ein Mittel gegen die wachsende Kluft zu finden. Den Menschen in Europa müsse etwas angeboten werden. Etwas, das ihnen signalisiere, dass sie nicht abgehängt werden. Ansonsten drohten Europa Neonationalismus und etwas Ähnliches wie Trump. Trump sei das Ergebnis von Fehlern, welche die Elite früher begangen habe. Sie habe *'Egoismus gesät und Trump geerntet.'* Der Egoismus solle nicht weiter ausgereizt werden. Es brauche eine *'neue Versöhnung sozialer und liberaler Werte.'* Jene würde hergestellt durch ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von schätzungsweise 1000 Euro monatlich. Dieses solle Sozialleistungen wie Rente, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe ersetzen. Die Fundamente des gegenwärtigen Steuer- und Sozialsystems seien im Bröckeln begriffen. Sämtliche Modelle gingen davon aus, dass wir 45 Jahre ohne Unterbrechung arbeiten und Familien aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehen. Doch das sei nicht mehr der Normalfall und würde es in Zukunft noch weniger sein.

Außerdem sei das System voller Ungerechtigkeiten. Wer über der Beitragsbemessungsgrundlage liege, könne sich freikaufen. Beamte zahlten gar nichts ein, Immobilieneigner und Kapitalbesitzer seien fein raus. Nachjustierungen und kleine Reformen auf Basis des alten Systems würden nicht funktionieren. Sie scheiterten zumeist an Interessensgruppen. Um Veränderungen zu erreichen, brauche es einen großen Wurf. Eine Reparatur des Bestehenden genüge nicht.

Straubhaar nennt einen weiteren guten Grund für das Grundeinkommen: Die historische Chance, **Arbeit neu zu denken**. Das bisherige System zwänge Menschen seit 200 Jahren Jobs anzunehmen, die eigentlich menschenunwürdig seien. Doch in einer Welt, in welcher Roboter die meiste Arbeit übernehmen, bräuchten wir das nicht mehr. Niemand sei dann noch gezwungen für wenig Geld unliebsame Jobs anzunehmen. Arbeit sei nicht länger existenzielle Pflicht. Dadurch seien Arbeitgeber gefordert, ein Umfeld zu schaffen, in dem Arbeitnehmer etwas leisten wollen.

Auf den Einwand des SPIEGEL-Interviewers, dass mancher die 1000 Euro nehmen und es sich bequem machen würde, entgegnet Straubhaar, einen besseren Menschen würde auch das Grundeinkommen nicht erzeugen. Es gäbe immer Leute, die sich verweigern, auch im heutigen System. Wobei die Bequemlichkeit bei den heutigen Mieten in

Großstädten eher ein bescheidenes Niveau erreichen dürfte, ließe sich hier ergänzen. Straubhaar betont, dass Grundeinkommen sei, anders als oft behauptet, keine Stilllegungsprämie, sondern würde Menschen *'ermächtigen'*, die etwas leisten wollen. Wer schlecht ausgebildet sei, könne sich Zeit zur Weiterbildung nehmen, was allen zugute käme.

Obwohl mit den 1000 Euro im Prinzip alles abgegolten sein sollte, könne es Ausnahmefälle geben, wo der Staat einen Zuschuss gewähren müsse, etwa bei Rollstuhlfahrern. Der Extra-Bedarf müsse gut begründet sein. Das Grundeinkommen verlöre dadurch nicht an Attraktivität. Es wäre viel transparenter, gerechter und helfe, Bürokratie abzubauen. Und es käme zum richtigen Zeitpunkt, weil Maschinen immer mehr Tätigkeiten übernahmen und die Finanzierung des Sozialstaats über Lohnabgaben immer weniger funktioniere. Die Arbeit würde nicht ausgehen, da die Digitalisierung nicht nur Millionen Jobs vernichte, sondern auch Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen lasse, an die man heute noch gar nicht denke.

Die Arbeitswelt der Zukunft werde andere Anforderungen haben. Das Erwerbsleben wäre stärker von Brüchen gekennzeichnet, die Arbeit würde nicht mehr 8 Stunden am Tag, 46 Wochen im Jahr, über 45 Jahre ohne Unterbrechung getätigt. Der Wandel überfordere die bisherige Finanzierung des Sozialstaats. Die hier notwendige Umstellung braucht jedoch ihre Zeit. Straubhaar geht es nach eigenen Worten nicht darum, das Grundeinkommens-Modell gleich morgen umzusetzen. Er möchte, dass sich zunächst eine Diskussion entwickelt, damit die Bürger nicht das Gefühl hätten, mit der Digitalisierung laufe es genau so schief wie mit der Globalisierung. Bei letzterer wäre man zu sehr auf Effizienz aus gewesen und hätte Fragen nach der Verteilung des Wohlstandes vernachlässigt. Daraus solle gelernt und die Verteilungsfrage bei den Folgen der Digitalisierung ganz nach oben gestellt werden. So weit Thomas Straubhaar.

Ein weiterer langjähriger Verfechter der Grundeinkommensidee ist der Gründer der Drogeriemarktkette 'dm' Götz Werner. Zusammen mit den schwäbischen Finanzexperten Marc Friedrich und Matthias Weik hat er ein Buch verfasst, das vor wenigen Monaten veröffentlicht wurde. Titel: *'Sonst knallt's! Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen'* (Eichborn, 160 Seiten, 10 Euro).

Darin fordern die drei Autoren neben dem bedingungslosen Grundeinkommen auch eine radikale Steuerreform. Marc Friedrich begründet die Forderungen in einem Interview mit der 'Heilbronner Stimme': Er und seine Mitautoren hätten im Hinblick auf die aktuelle politische Lage ein immer ungutes Gefühl gehabt und die Notwendigkeit gesehen, noch vor der Bundestagswahl ein überparteiliches Programm zu schreiben.

Dieses solle gleichzeitig ein Weckruf sein, weil die politischen Parteien schliefen und die extremen politischen Kräfte immer stärker würden. Man wolle einen Umschwung in der Bevölkerung erreichen, weil es sonst in einem Knall enden werde- wirtschaftlich und politisch.

Friedrich selbst und Matthias Weik hätten der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) lange skeptisch gegenüber gestanden. Die Argumentation von Götz Werner habe sie jedoch überzeugt: Allein durch die Digitalisierung würden in den nächsten Jahren viele Jobs wegfallen. Was tun mit den Millionen Arbeitslosen, die ja nicht alle IT-Experten oder Software-Entwickler werden können? Wie sieht die Gesellschaft der Zukunft aus? Schon jetzt wäre zu sehen, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei, wenn die Konjunktur nicht mehr brumme. Die **Zeit sei reif für ein BGE**. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos hätten bereits die wichtigsten Konzernchefs der Welt darüber gesprochen. Sie sähen

die sich vergrößern Kluft zwischen Arm und Reich und die Gefahr sozialer Unruhen. Deshalb werde das BGE kommen müssen, egal wie man es dann nenne. Seine Finanzierbarkeit würde im Buch aufgezeigt. Eine Form des BGE hätten wir jetzt schon: Den Steuerfreibetrag in Höhe von 8820 Euro im Jahr = 735 Euro pro Monat. Zuzüglich der überbürokratisierten Transfer- und Sozialleistungen würden die immer wieder genannten 1000 Euro im Monat locker erreicht.

Man könne zunächst testen, ob das BGE funktioniert, in dem man es für die Bedürftigsten einführt. Bei positiven Resultaten, von welchen die Autoren überzeugt sind, wäre Deutschland Vorreiter in der Welt.

Der zweite Hauptaspekt des Buches betrifft das Steuersystem. Friedrich bemerkt, er selbst habe Probleme mit seiner Steuererklärung, obwohl er studierter Betriebswirt sei. Das deutsche Steuerrecht sei absurd komplex und viel zu teuer. Er und seine Mitautoren plädieren dafür, alle Steuern abzuschaffen bis auf eine: Die Konsumsteuer. Dann könnte jede/r seine Steuer an der Ladenkasse bezahlen und bräuchte keine Steuererklärung mehr abzugeben. Man könne sofort schwarz auf weiß sehen, was man an Steuern entrichtete. Steueroasen trockneten aus, da Deutschland zum Steuerparadies würde. Konzerne und Superreiche könnten keine Steuervermeidungspolitik mehr betreiben, sie müssten ihren fairen Anteil an der Gesellschaft bezahlen. Auch dem Bundeshaushalt würde es nützen, somit sei die Finanzierung des BGE kein Problem.

Hier sei angemerkt: Bei Werners Steuerkonzept wird gerne zeter und mordio geschrien, weil viele dabei spontan an eine bloße, verbraucherfeindliche Erhöhung der Mehrwertsteuer denken. Werner geht es jedoch darum, den in den Preisen versteckten Anteil anderer Steuern, welche dort still und heimlich verkalkuliert werden, sichtbar zu machen. Die Verbrauchssteuer soll nicht einfach erhöht werden, sondern die anderen, in den Preisen versteckten Steuern ersetzen. Diese sollen in dem Maße gesenkt werden wie jene vom Anteil her zunimmt.

Friedrich setzt allerdings nicht darauf, mit dieser Idee bei der Politik Gehör zu finden. Der erforderliche Wandel werde von unten, vom Volk kommen, nicht von der Politik. Die etablierten Parteien würden nichts ändern, auch wegen des Einflusses der mächtigen Steuerlobby.

So skeptisch wie auf die Politik schaut Friedrich auch auf das Finanz- und Bankensystem. Die historische Nullzinsphase würde uns schleichend enteignen. Die Europäische Zentralbank kaufe für 2,5 Billionen Euro Staatsanleihen von faktisch bankrotten Staaten und betreibe so Insolvenzverschleppung. Europa bröckele an allen Ecken und Enden, extreme Parteien legten zu. Wir befänden uns bereits in einem Crash. Dieser käme nicht mit einem Schwung, sondern schiebchenweise. So weit Marc Friedrich.

Ergänzen ließe sich: Ein EU-weit eingeführtes bedingungsloses Grundeinkommen könnte die Brüche innerhalb Europas kitten und dem europäischen Einigungsprozess wieder auf die Beine helfen. Plädierte der neue französische Präsident Macron nicht für soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene? Das BGE scheint wie prädestiniert dafür, so einfach und unbürokratisch es angelegt ist. Brüssel hätte damit die Gelegenheit, sein negatives Image als bürgerfeindlicher bürokratischer Apparat abzuschütteln.

Viel entscheidender ist jedoch: Das **BGE** bietet sich als Kitt an, die sich vertiefende **soziale Kluft** zu **schließen**, in dem es ein Abgleiten in die Armut von Anfang an verhindert. Auf diese Weise wirkt es zunehmender Prekarisierung und politischer Polarisierung entgegen. Genau das haben Straubhaar, Friedrich, Weik, Werner, mehrere Konzernchefs und das halbe

Silicon-Valley begriffen. Die großen Volksparteien hierzulande schalten dagegen auf stur, wie ihren Wahlprogrammen zu entnehmen. Sie glauben an den Erhalt oder sogar die Renaissance des typischen Normalarbeitsverhältnisses und der herkömmlichen Erwerbsbiographie. Die CDU träumt gar von einer möglichen Vollbeschäftigung bis zum Jahr 2025. Man fühlt sich statistisch bestätigt durch den Zuwachs von über 1 Million Vollzeitstellen in den letzten Jahren.

Bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts dürfte das Gegenteil wahrscheinlicher sein: Eine wirtschaftliche Abschwungphase mit massivem Stellenabbau und einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Eine solche Phase könnte Schritte Richtung Grundeinkommen allein schon aus ökonomischen Gründen zwingend erforderlich machen: Um die gesunkene Konsumnachfrage wieder zu beleben. Auf jeden Fall wird sie verdeutlichen: Es gibt kein Zurück mehr zum Normalarbeitsverhältnis. Dies ist auch nicht erstrebenswert. Forscher haben heraus gefunden, dass mehr als 30 Stunden Arbeit pro Woche dem Gehirn schaden. Der Gesundheit zuliebe sollte also genau hier die Obergrenze gesetzt werden. Mal sehen, wie lange Politik und Gesellschaft brauchen, um zu begreifen, dass das alte Erwerbsarbeitsmodell ausgedient hat. Und die Alternativen zum Grundeinkommen wenig attraktiv erscheinen. Sie lauten: Wirtschaftlicher Kollaps, soziale Unruhen, Krieg . . .

H. Schauff